

Mairedede „Arbeit für Alle bei fairem Lohn“,
Bernhard Löffler, Schwäbisch Hall, 01.Mai 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir erleben derzeit wilde Zeiten, in denen die Weltwirtschaftskrise uns längst auch hier erreicht hat. Selten haben wir Zeiten erlebt, in denen wir so stark gefordert sind Flagge zu zeigen für soziale Rechte und gegen den Abbau des Sozialstaats.

Dabei haben wir einen gewerkschaftlichen Grundsatz:
Gute Arbeit bei fairem Lohn ist ein Grundrecht aller arbeitenden Menschen und die lassen wir uns nicht nehmen!

Das Superwahljahr 2009 droht zum Super-Krisenjahr zu werden.
Gleichzeitig feiern wir Deutschen 20 Jahre Einheit und 60jähriges Bestehen der Bundesrepublik und damit auch 60 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund.

Feiern, Krise und Wahlen – ein Jahr voller Gegensätze, die auch den Ausgang der Kommunal- und der Europawahl am 07. Juni, sowie der Bundestagswahl im September mitbestimmen werden.

Die Einheitsgewerkschaften sind parteipolitisch unabhängig. Aber als Anwälte und Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit mischen wir uns ein – auch und gerade in Wahlkampf- und Krisenzeiten.

Anders als den Parteien geht es uns nicht um Macht und Einfluss.

Es geht uns um eine erfolgreiche Vertretung und Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten.

Anders als Unternehmern und Managern geht es uns eben nicht um eine schnelle Rendite.

Es geht uns um das Gemeinwohl und eine Gesellschaft der gerechten Teilhabe.

Gewerkschaften sind damit wichtiger Teil der demokratischen Kultur und einer breiten gesellschaftlichen Reformbewegung, die sich für Werte wie Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz engagiert.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat den Menschen glasklar deutlich gemacht: Zügellose Märkte sind kein Erfolgsrezept für Wohlstand - im Gegenteil, sie drohen weltweit die wirtschaftliche Basis von Staaten und ihren Bürgern zu zerstören.

Seit Jahren haben wir Gewerkschaften die fehlende, soziale Verantwortung staatlichen und unternehmerischen Handelns beklagt.

Seit Jahren haben wir vor den Auswüchsen des Casinokapitalismus gewarnt. Mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geht der Verfall und letztendlich das Scheitern des Neoliberalismus einher.

Kapitalismus und Marktwirtschaft haben deshalb massiv an Glaubwürdigkeit verloren. Damit stehen wir vor einem Systembruch. Die Krise muss schonungslos politisch-moralisch aufgearbeitet werden und es müssen sozialpolitische Konsequenzen gezogen werden.

Wir müssen die Krise als Chance nutzen, als Chance für eine Renaissance des Sozialstaats, der Menschen wieder in den Mittelpunkt seines Handelns rückt und eben nicht das Renditedenken vieler Unternehmen.

Ein Zurück zur Beschwörung der schicksalhaften Marktkräfte darf es daher nicht mehr geben.

Vertrauen schafft man jetzt mit neuen Konzepten, die Gerechtigkeit und Sicherheit für alle garantieren.

Vertrauen in die Politik braucht einen handlungsfähigen Staat, der Gerechtigkeit schafft.

Vertrauen in die Wirtschaft braucht einen Ordnungsrahmen, der für Fairness und Sicherheit für wirksamen Schutz sorgt.

Vertrauen in die Zukunft braucht soziale Sicherheit, die vor einem

Casino-Kapitalismus schützt.

Ich denke, heute stehen wir in unserer Republik am Scheideweg:

Wollen wir dieses Land weiterhin den Kredithaien, Spekulanten und den Neoliberalen überlassen, oder wollen wir endlich zurückkehren zu einem sozialen Staat, der allen Bürgern und Bürgerinnen ein gutes Auskommen in einer bunten und sozialen Bundesrepublik Deutschland sichert? Das werden wir alle Parteien zu den anstehenden Wahlen fragen und sie danach messen.

Kolleginnen und Kollegen,

Der DGB, der Deutsche Gewerkschaftsbund, feiert dieses Jahr sein 60. Gründungsjubiläum.

Gemeinsam mit unseren DGB- Gewerkschaften haben wir immer dafür gestritten,

dass alle Menschen in Würde arbeiten und leben können und dass alle Menschen einen gerechten Anteil am erarbeiteten Wohlstand haben.

Auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise geben wir diese Ziele nicht auf – im Gegenteil.

Während der Druck auf Arbeitsplätze und Einkommen wächst, kämpfen wir Gewerkschaften bei uns, in Europa und weltweit dafür, dass die arbeitenden Menschen nicht zu Opfern einer Krise werden, die sie nicht verursacht haben.

Marktgläubigkeit, Deregulierung, Privatisierung, Shareholder-Value-Kapitalismus und die Gier nach kurzfristiger Gewinnmaximierung haben diese Krise verursacht und nichts Anderes.

Viele, die daran mitgewirkt haben, waschen ihre Hände jetzt in Unschuld.

Wir werden nicht vergessen, wer ihnen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft applaudierte, wer durch Deregulierung, Privatisierung sowie Druck auf die Einkommen und Sozialleistungen die Jagd nach dem Profit für Wenige unterstützt hat.

Wir brauchen einen Neuanfang zu einer sozialen Wirtschaftsordnung, die dem Wohl aller Menschen dient, statt Reiche noch reicher zu machen.

Deshalb lautet unser Motto am 1. Mai, dem Tag der Arbeit: „Arbeit für alle bei fairem Lohn“.

Wir halten fest an der Forderung, dass Gute Arbeit kein Privileg, sondern das Recht aller Menschen ist.

Wir halten fest an der Überzeugung, dass alle einen Anspruch auf einen fairen Lohn für ihre Arbeit haben und

Wir halten fest, dass mehr Mitbestimmung und mehr Teilhabe wichtige Elemente einer neuen Wirtschaftsordnung sein müssen.

Deshalb demonstrieren wir am 1. Mai

- für den Erhalt von Arbeitsplätzen

- für Arbeit für alle und

- für Existenz sichernde Löhne.

Nur das garantiert auch im Alter ein Leben ohne Armut.

Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes am 8.

Mai 1945 waren es die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der ersten Stunde, die sich in spontan gebildeten Betriebsausschüssen für einen gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Neuanfang einsetzten.

Diese Gewerkschafter retteten viele Betriebe in den Kriegsjahren vor der Zerstörung durch die Nazis, während sich viele Unternehmer abgesetzt hatten. Es waren Gewerkschafter, die das materielle Elend zu beseitigen hatten. Sie organisierten Brennmaterial und Lebensmittel. Sie bauten die vielerorts zerstörte Infrastruktur wieder auf und hielten die Betriebe in Gang.

Aus den Erfahrungen mit einer in Richtungsgewerkschaften gespaltenen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und der Zerschlagung durch

die Nazis zogen die Gewerkschafter unabhängig von ihren politischen Wertorientierungen die Lehre:

„Der Bruderkampf aus der Vergangenheit darf nicht fortgesetzt werden, sondern es muss eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation aufgebaut werden!“ (wie es ein Betriebsrat aus dem Bergbau formulierte).

Verbunden mit dem Grundsatz „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ wurde im Oktober 1949 der einheitliche Bund der deutschen Gewerkschaften gegründet und Hans Böckler zum ersten DGB-Vorsitzenden gewählt.

Die Überwindung der Spaltung in Richtungsgewerkschaften war und ist neben der Mitbestimmung und der Tarifautonomie bis heute die tragende Säule gewerkschaftspolitischer Erfolge.

Die Einheit der Gewerkschaften bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe, um anstehende Herausforderungen erfolgreich zu gestalten.

Denn bestimmte Probleme ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte:

Ein Einkommen, das zum Leben reicht, eine gerechte Entlohnung, der Schutz vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz oder das Bestreben, nicht Objekt, sondern Beteiligter an Entscheidungen zu sein, das alles sind Dauerbrenner gewerkschaftlicher Politik.

Die Zahl derjenigen, die eine normale unbefristete und ihrer Qualifikationen entsprechend bezahlte Beschäftigung haben, nimmt ab. Ungeregelte Beschäftigungsverhältnisse, zeitlich befristet und gering bezahlt, mit deutlich schlechteren Standards sozialer Sicherheit drohen von der Ausnahme zur Regel zu werden.

Der Sozialstaat muss die Würde derjenigen wahren, die nicht an diesem Flexibilisierungswettbewerb teilnehmen können. Ein sozialer Staat kann und darf Armut und soziale Ausgrenzung inmitten einer reichen Gesellschaft nicht hinnehmen.

Die Menschen wollen Arbeit und damit Unabhängigkeit. Sie wollen, dass es gerecht zugeht: In der Arbeit, in der Gesellschaft, zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern.

Für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften stehen Mitbestimmung und Tarifautonomie. Die Mitbestimmung sichert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer elementare Rechte wie Kündigungsschutz, Schutz vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen, gerechte Behandlung und Entlohnung am Arbeitsplatz. Sie begrenzt so die Macht der Unternehmer. Sie schafft Freiräume, Raum für Würde, aber auch für die Entfaltung der Persönlichkeit am Arbeitsplatz.

Wer, wenn nicht wir, steht für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?!

Wer, wenn nicht wir, ist die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit?!

Wir Gewerkschaften haben Geschichte geschrieben und werden sie auch weiterhin schreiben für gute und faire Arbeit, sowie sozialer Gerechtigkeit!

Kolleginnen und Kollegen,

im Februar habe ich angesichts der schlechten Nachrichten vom regionalen Arbeitsmarkt ein regionales Bündnis für Arbeit angeregt.

Die Wirtschaftskrise hat im 1. Quartal des Jahres in der Region zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen geführt.

In allen Kreisen nahm die Kurzarbeit massiv zu, während Stellenangebote stark zurück gingen.

Insgesamt sind Ende April 24.633 Menschen in unserer Region

arbeitslos, im Arbeitsagenturbereich Schwäbisch Hall ist die

Arbeitslosigkeit um 45 Prozent zum Vorjahr gestiegen. Besonders

dramatisch die Zahlen bei Jugendlichen, so ist die im

Arbeitsagenturbereich Heilbronn die Arbeitslosigkeit der 15 – 25 Jährigen um nahezu 75 % angestiegen.

Soweit die nüchternen Zahlen.

Aufgerüttelt haben uns die Meldungen über Personalabbau in der ganzen Region: Georg Kohl in Brackenheim, Terex an den Standorten Langenburg, Crailsheim und Rothenburg, Vishay und Kenngott in Heilbronn, SKS Thermoplast in Schwaigern, Weinig in Tauberbischofsheim, Röchling in Eppingen, Getrag, Lavatec und Läßle. Würth Elektronik, hier ansässig, will sein Pforzheimer Werk sogar ganz schließen.

Wahrlich keine frohe Botschaften, - und glücklich die Belegschaft, welche einen guten Betriebsrat mit einer starken Gewerkschaft im Rücken hat um das Schlimmste – Entlassungen zu verhindern.

Nicht zuletzt deshalb ist unsere derzeitige zentrale Forderung: Entlassungen vermeiden!

Oberstes Ziel der Wirtschaft muss die Sicherung von Arbeitsplätzen sein, - **daran** wird sich auch die regionale Wirtschaft messen müssen. Wir denken, dass Konjunkturkurzarbeit zur Sicherung der Arbeitsplätze offensiv genutzt werden muss und die Kurzarbeit mit Qualifizierung verbunden werden soll. Leiharbeiter und befristet Beschäftigte – die auch in der Region besonders von der Krise betroffen sind - müssen in der Krise besser geschützt werden, die Unternehmen haben hierfür eine beschäftigungspolitische Verantwortung.

Für den Bereich Ausbildung schlagen wir einen „Schutzschirm für Ausbildung“ vor, auch um einem Fachkräftemangel vorzubeugen. Wir haben vorgeschlagen, dass Unternehmen, die Auszubildende aus Insolvenzbetrieben übernehmen mit einer Übernahmeprämie unterstützt werden. Wir wollen Vereinbarungen über solidarische Finanzierungssysteme der Ausbildung in Branchenfonds. Das Beispiel der Bauindustrie zeigt, wie ein Umlagesystem das Angebot an Ausbildungsplätzen auch in Krisenzeiten sichern kann. Und schließlich wollen wir, dass ausbildungsbedingte Gebühren der Kammern auch in unserer Region abgeschafft werden.

Da aus dem Konjunkturprogramm Gelder für die sogenannten “Grünen Technologien und alternative Antriebe“ abrufbar sind, habe ich für das regionale Bündnis ‘Innovative Konzepte’ eingefordert, mit dem konkreten Vorschlag Alternative Antriebskonzepte zu erforschen und ggf. zu produzieren. Firmen wie Bosch, KS, die regionale Autoindustrie hätten hierfür gute Forschungsabteilungen und ausgebildete Konstruktionsingenieure um solche neuartigen Wege im Maschinenbau zu gehen.

Kolleginnen und Kollegen,

am 07. Juni sind Kommunalwahlen. Zu den Wahlen fordern wir Gewerkschaften eine arbeitnehmerorientierte Kommunalpolitik ein. Der DGB wird weiterhin dem Ausverkauf der Kommunen und der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge massiven Widerstand entgegensetzen. Mit der Privatisierung kommunaler Einrichtungen wollen die Kommunen angeblich politischen Handlungsspielraum zurückgewinnen. Sie verschweigen, dass sie mit jedem Verkauf ein Stück Politikgestaltung verlieren. Insbesondere die seit Mitte der 90er-Jahre in baden-württembergischen Kommunen oder sonstigen kommunalen Körperschaften vollzogenen Cross-Border-Leasing Geschäfte erweisen sich im Zuge der Finanzmarktkrise zunehmend zum Nachteil der Bürger und Bürgerinnen im eigenen Land. So hat der Ausstieg aus dem Cross Border Leasing-Vertrag im Land 12 Mio. € gekostet. Die Zeche bezahlt der Verbraucher, so wurden zur Finanzierung der Lücke die Wasserpreise um 6 % angehoben. Wenn die Kommunen für die Entwicklung sozialer und urbaner Lebensverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger zuständig sind, dann ist die politische Verpflichtung zum Erhalt der kommunalen Unternehmen eine Frage der politischen Verantwortung für die Kommunalpolitik und es

freut mich, dass diese Maxime hier in Schwäbisch Hall noch zählt!
Diese Verantwortung fordert der DGB ein. Er fordert sie nicht zuletzt im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze in den kommunalen Unternehmen.

Zur Daseinsvorsorge gehört auch eine leistungsstarke Verwaltung, die mit ausreichender Personalausstattung die Aufgaben effizient und bürgernah erledigt.

Der DGB tritt dafür ein, dass auch in Zukunft

- gebührenfreie Kindergärten und Kindertagesstätten am Wohn- oder Arbeitsort zur Verfügung stehen
 - freien Zugang zum Bildungswesen und eine regionale Schulentwicklungsplanung
- er fordert, dass Bürgerinnen und Bürger
- eine qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung in Anspruch nehmen können
 - einen bezahlbaren öffentlichen Personennah- und Fernverkehr nutzen können
 - sich auf eine im öffentlichen Eigentum befindliche sichere und Ressourcen schonende Energieversorgung und qualitativ hochwertiges Trinkwasser verfügen können,
- dass sie
- bezahlbaren Zugang zu Kultureinrichtungen, Bibliotheken und Schwimmbädern u.ä. haben
 - in öffentlichen Anlagen Erholung finden können
- und schließlich, dass die Bürgerinnen und Bürger
- die Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden als ein öffentliches Gut erfahren und sie die Wahrnehmung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen können.

Kolleginnen und Kollegen,

am 07. Juni sind auch die Europawahlen. Hierzu sagen wir eindeutig:
Die Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung ist das soziale Europa.

Unser soziales Europa will die europäische Solidarität weiter stärken und das Gewicht Europas für eine friedliche und sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzen.

Einem Modell von Europa, dem blinde Marktgläubigkeit zugrunde liegt, erteilen wir eine klare Absage.

Mitten in der Krise, die von Konservativen und Liberalen gern zum Angriff auf Arbeitnehmerrechte genutzt wird, liegt heute - mehr denn je - das Europa der Arbeitnehmer und der guten Arbeit geradezu auf der Hand. Das soziale Europa der Zukunft muss ein Europa der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sein. Es muss die Arbeitnehmerrechte stärken und für alle das Prinzip „gutes Geld für gute Arbeit“ in den Vordergrund rücken.

Ganz Praktisch wollen wir deshalb zum Beispiel faire Mindestlöhne in allen 27 Staaten der Europäischen Union, also auch endlich in der Bundesrepublik!

Kolleginnen und Kollegen,

je stärker Unternehmen europaweit und global handeln, umso bedeutender wird es, dass Arbeitnehmerrechte nicht an nationalen Grenzen Halt machen.

Arbeitnehmerrechte und Rechte der Gewerkschaften sind keine störenden Kostenfaktoren, die möglichst weitgehend abgebaut werden müssen. Im Gegenteil: sie sind grundlegende Voraussetzungen für besseres Wirtschaften und ökonomischen Erfolg. Sie tragen zu erhöhter Arbeitsmotivation, einer verbesserten Qualität der Arbeit und zum sozialen Frieden in den Unternehmen bei.

Die europäischen Institutionen, insbesondere die Europäische

Kommission aber auch der Europäische Gerichtshof, müssen dies zwingend anerkennen und entsprechend handeln. Der Europäische Gerichtshof darf nicht länger die Freiheit der Märkte über die Grundrechte der Menschen und die Vereinbarungen der Tarifpartner stellen.

Ein soziales Europa schließt den Ausbau grenzüberschreitender Arbeitnehmerrechte ebenso ein wie die Sicherung der in den Mitgliedstaaten vorhandenen Arbeitnehmerrechte. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für die Stärkung und Ausweitung der Rechte von Europäischen Betriebsräten ein.

Gleichzeitig muss die europäische Entsenderichtlinie überarbeitet werden. In einem Land geschlossene Tarifverträge und Arbeitsstandards in den Mitgliedstaaten müssen gesichert sein und dürfen nicht unterhöhlt werden.

Und , - weil wir das soziale Europa wollen, demonstrieren wir am 16. Mai für ein soziales Europa der Menschen unter dem Motto: „Die Krise nachhaltig bekämpfen. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen!“ Wir zahlen eure Krise nicht!

Aus unserer Region fahren wir mit dem Sonderzug nach Berlin! Nähere Informationen gibt es auf den ausliegenden Flugblättern , heute können bereits Fahrkarten für den Zug mitgenommen werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
am 27. September haben wir schließlich die Bundestagswahlen. In den letzten Jahren ist sozialpolitisch vieles schief gelaufen, sei es die verkorkste sogenannte Gesundheitsreform, die soziale Schieflage mit dem Hartz IV-System und der dadurch angewachsenen Kinderarmut. Wir ärgern uns, dass der gesetzliche Mindestlohn in der Bundesrepublik immer noch nicht eingeführt ist und die Reichensteuern nicht gründlich erhöht werden und weiterhin die Vermögenssteuer abgeschafft bleibt. All diese Punkte werden wir auf den Prüfstand zur Bundestagswahl stellen.
Ein Thema wollen wir weiterhin mit großem Nachdruck verfolgen, nämlich die Rücknahme der Rente mit 67.

Kolleginnen und Kollegen

Unsere Rentenversicherung und der Generationenvertrag, auf dem sie beruht, galten einst als das Flaggschiff des deutschen Sozialstaats.

Und heute?

Heute werden mehr als mickrige Rentenerhöhungen zum Anlass einer hysterischen Debatte.

Professor Unsinn und andere Wirtschaftsweisen beteiligen sich daran, Ängste in der Bevölkerung und Konflikte zwischen den Generationen zu schüren.

Kolleginnen und Kollegen,

hier sind wir gefordert, hier müssen wir uns klar und eindeutig zu Wort melden.

Wir sagen:

Die älteren Menschen in unserer Gesellschaft haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben - ohne Armut und soziale Risiken.

Und die Jungen haben ein Recht auf faire Beitragssätze und ein stabiles, auch in Zukunft leistungsfähiges und verlässliches Rentensystem.

Ja, sie haben einen Anspruch darauf, die gleiche Solidarität im Alter zu erfahren, die sie heute ihren Eltern und Großeltern gewähren.

Und deshalb füge ich hinzu:

Wir machen diesen Krieg der Generationen nicht mit!

Wir kämpfen auch weiterhin für soziale Sicherheit im Alter und faire Zukunftschancen für die Jungen.

Und deshalb kämpfen wir für gute und zukunftsfähige Ausbildungsplätze und Bildungschancen für die Jüngeren.

Und deshalb streiten wir für die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu

einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in der alle Erwerbstätigen versichert und beitragspflichtig sind.

„Alle rein ins Solidarsystem“ - so lautet unsere Losung.

Wir wollen nicht weniger, wir wollen mehr Solidarität zur Lösung der sozialstaatlichen Zukunftsfragen.

Wir setzen nicht auf Eigennutz und Konkurrenzkampf.

Wir setzen auf Solidarität und soziale Menschenrechte für alle Bürgerinnen und Bürger.

Und diesen Streit führen wir, wie es sich für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gehört gemeinsam; Jung und Alt, Männer und Frauen, Deutsche und Nicht-Deutsche!

Die Rente mit 67 löst keine Probleme, aber sie verschärft vorhandene.

Die, welche Arbeit haben, sollen länger arbeiten und den Jungen damit die Chancen auf einen Arbeitsplatz rauben.

Und die, welche dann ihre Gesundheit verschlissen haben, werden ausgemustert und mit Rentenkürzungen abgestraft.

Das ist schlicht und ergreifend unsozial und deswegen werden wir uns mit diesem Unsinn nicht abfinden, dagegen werden wir weiterhin Widerstand leisten!

Wir brauchen auch in Zukunft die Möglichkeit, zu fairen Bedingungen aus dem Erwerbsleben auszuschneiden.

Die Rente muss zum Leben reichen

Die Arbeitswelt muss humanisiert werden, die Altersteilzeit muss fortgeführt werden und die Rente mit 67 muss verschwinden!

Kolleginnen und Kollegen,

Uns Gewerkschaften ist es nicht egal in welche Richtung unsere Republik läuft!

Uns ist es nicht egal, dass die soziale Demokratie zerstört wird!

Uns ist es nicht egal, was mit Arbeitslosen, Rentnern oder Kranken passiert!

Und schließlich ist es uns schon gar nicht egal, ob die Einen immer Reicher und die Anderen immer ärmer werden!

Das gilt in der Krise mehr denn je

Der Mensch kommt immer vor dem Profit!

Und dafür lohnt sich zu kämpfen!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!